

KOMMISSION FÜR STAATSPOLITIK, JUSTIZ UND SICHERHEIT (SJS)

An die Mitglieder des Landrates

Stans, 8. November 2010

Vereinbarung über die Zusammenarbeit bei der Verfolgung von Wirtschaftsdelikten und Änderung des Leistungsauftrages der Staatsanwaltschaft betreffend die Verfolgung von Wirtschaftsdelikten
Mitbericht der Kommission SJS

Sehr geehrter Herr Landratspräsident, sehr geehrte Damen und Herren

Die Kommission für Staatspolitik, Justiz und Sicherheit (SJS) hat an der Sitzung vom 3. November 2010 in Anwesenheit von Regierungsrat Alois Bissig die Vereinbarung über die Zusammenarbeit bei der Verfolgung von Wirtschaftsdelikten und die Änderung des Leistungsauftrages der Staatsanwaltschaft betreffend die Verfolgung von Wirtschaftsdelikten behandelt. Die Kommission erstattet gemäss Art. 23b des Landratsgesetzes (und § 92 des Landratsreglements) folgenden Mitbericht.

I. Stellungnahme der Kommission

Die seriöse Auslegeordnung und die umfassenden Abklärungen in Zusammenhang mit der Strafverfolgung der Wirtschaftsdelikte werden positiv zur Kenntnis genommen. Die Kommission unterstützt das Festhalten an der Vereinbarung und die Leistungsauftragserweiterung einstimmig. Zu Diskussionen gab lediglich die sechsmonatige Kündigungsfrist der Vereinbarung Anlass. Dem Kanton Nidwalden sollten dadurch indessen keine Nachteile entstehen, so dass der Unterzeichnung der Vereinbarung aus Sicht der Kommission nichts im Wege steht.

II. Antrag der Kommission

Die Kommission für Staatspolitik, Justiz und Sicherheit (SJS) beantragt dem Landrat einstimmig:

- 1. der Änderung des Leistungsauftrages der Staatsanwaltschaft betreffend die Verfolgung von Wirtschaftsdelikten zuzustimmen.
- 2. der Vereinbarung über die Zusammenarbeit bei der Verfolgung von Wirtschaftsdelikten zuzustimmen.

Freundliche Grüsse

KOMMISSION FÜR STAATSPOLITIK, JUSTIZ UND SICHERHEIT

Präsident Sekretariat

Leo Amstutz

Christian Blunschi